

<p style="text-align: center;">Hannoversche Linke / PDS (Antrag Nr. 1515/2004)</p>

Dringlichkeitsantrag der Gruppe Hannoversche Linke / PDS zur beabsichtigten Kürzung der Sprachförderung in Kindertagesstätten durch die Landesregierung

**Antrag,
Beabsichtigte Kürzung der Sprachförderung in Kindertagesstätten durch die Landesregierung**

“Keine Kürzung bei den Kurzen”

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover appelliert an die Landesregierung die Sprachförderung in den Kindertagesstätten nicht zu kürzen.

Begründung

Die gerade seit einem Jahr existierende Sprachförderung für die Kindertagesstätten, in denen 40 Prozent der Kinder erhebliche Sprachdefizite haben, darf nicht noch weiter heruntergefahren werden. Eine unzureichend gelungene Sprachentwicklung sowie die mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache schränken die Kommunikationsfähigkeit von Kindern ein und beeinträchtigen ihre Lernmöglichkeiten nachhaltig in der Grundschule und in allen weiteren Bildungs- und Sozialisationsprozessen.

Das Land Niedersachsen als überörtlicher Träger der Jugendhilfe und die Kommunen als örtliche Träger der Jugendhilfe haben gemeinsam den Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag in Kindertagesstätten umzusetzen. Das Land beteiligt sich bislang an den Personalkosten mit 20 %. Die Hauptlast der Kosten in den Kindertagesstätten tragen die Kommunen und die Eltern. Es steht dem Land daher gut an, das Landesprogramm “Sprachförderung”, das dem Bildungsauftrag geschuldet ist und eigentlich noch stärker ausgebaut werden müsste, wenigstens in dem bisherigen Umfang beizubehalten.

Detlef Schmidt, Gruppenvorsitzender

Hannover / 24.06.2004